

Widerspruch gegen Mega-Schweinemast ablehnt

Umweltschützer wollen verhindern, dass im uckermärkischen Haßleben ein Stall mit Tausenden Schweinen in Betrieb geht. Mit einem Einspruch beim Landesumweltamt scheiterten sie. Nun prüfen sie weitere Schritte.



Tier- und Umweltschützer wenden sich schon seit Jahren gegen eine Großmastanlage, die auf dem Gelände einer früheren Anlage aus DDR-Zeiten entstehen soll. Auch in Potsdam demonstrierten sie schon. Foto: Ralf Hirschberger

Potsdam/Uckermark. Das Landesumweltamt hat einen Widerspruch von Umweltschützern gegen eine geplante Großanlage für die Schweinemast in Haßleben (Uckermark) abgelehnt. Das teilte das brandenburgische Umweltministerium am Freitag in Potsdam mit. Es handle sich allerdings nur um einen von insgesamt vier eingegangenen Widersprüchen. Über die anderen sei noch nicht entschieden worden, sagte ein Sprecher. Aus Sicht des Landesumweltamtes sei die Rettung von Menschen und Tieren im Brandfall ebenso gewährleistet wie es keine Verstöße beim Biotopschutz – etwa

durch Stickstoffeinträge aus der Gülle der Schweine in den benachbarten „Kutztzer Grenzbruch“ – gebe, heißt es in dem Ablehnungsbescheid, der dem Uckermark Kurier vorliegt.

In Haßleben plant der holländische Investor Harry van Gennip den Bau einer Schweinemastanlage mit 37 000 Mastplätzen. Zu DDR-Zeiten stand an gleicher Stelle eine Anlage mit 150 000 Mastplätzen. Der Investor wollte zunächst 80 000 Plätze, was das Landesumweltamt ablehnte. Deshalb soll nun nur eine Anlage mit 37 000 Plätzen entstehen.

Diese Pläne und der Widerstand einer örtlichen Bürgerinitiative gegen das Projekt waren einer der Punkte, die letztlich dazu führten, dass es in Brandenburg zum erfolgreichen Volksbegehren gegen Massentierhaltung kam. In einer ersten Reaktion zeigten sich Umweltschützer entsetzt: „Die Güllemengen entsprechen den Exkrementen einer Großstadt, mitten im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und im Naturpark Uckermärkische Seen ist das eine Katastrophe für Mensch und Tier“, sagte Axel Kruschat, Landesgeschäftsführer des BUND. Den Umweltschützern bleibe jetzt nur noch der Klageweg vor dem Verwaltungsgericht. Diesen werde man nun intensiv prüfen.

Kritik am Zeitpunkt der Entscheidung

Sybilla Keitel von der „Bürgerinitiative kontra Industrieschwein“ nannte es „stilistisch reichlich unfein“, dass die Entscheidung des Umweltamtes kurz nach dem Kompromiss über die Massentierhaltung veröffentlicht wurde. „Die Uckermark wird damit zu einer Gülleregion“, so die Umweltschützerin.

Auch die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zeigte sich von der Entscheidung enttäuscht. „Das erfolgreiche Volksbegehren gegen Massentierhaltung hat an der Haltung von Landesregierung und Verwaltung offenbar wenig geändert“, erklärte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Axel Vogel. In Brandenburg bestehe weiterhin akuter Handlungsbedarf beim Tier- und Umweltschutz. „Wir werden darauf drängen, sehr großen Mastanlagen mit mehr als 3000 Schweinen oder mehr als 80 000 Legehennen die baurechtlichen Privilegien zu entziehen“, so Vogel. „Dies hatte auch der Bauernbund Brandenburg vorgeschlagen.“

Der Spreewälder Abgeordnete Benjamin Raschke warf dem Umweltamt vor, die Bekanntgabe des Ergebnisses bewusst so weit verzögert zu haben, bis der Kompromiss zum Volksbegehren fertig war. „Vor vier Wochen hätte die Bekanntgabe dieser Entscheidung mit Sicherheit zum Volksentscheid geführt“, so Raschke. So verliere „Rot-Rot weiter an Glaubwürdigkeit“.